

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 15

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Briefe

Verhältnismässig

Die Frage nach der «Verhältnismässigkeit» ist eine Waffe aus dem Arsenal des politischen Krieges, die im Zusammenhang mit den Krawallen der letzten Zeit besonders häufig angewandt worden ist. Die Feststellung, dass Worte Waffen sind im politischen Krieg, der gegen die westlichen Demokratien geführt wird, ist für nützliche Naive (Drahtzieher exponieren sich deswegen nicht) jeweils Anlass, den Warner als «kalten Krieger» zu diffamieren. Um diesen zu erwartenden Vorwurf von vornherein zu widerlegen, zitiere ich aus dem PdA-nahen «Zeitdienst für sozialistische Information und Diskussion» vom 4. Juli 1980:

«Wir Achtundsechziger... waren Akademiker, Theoretiker, Begründungsspezialisten, Erkenntnisbeflissene... es ist... unzweifelhaft richtig, dass Achtundsechzig ein Jahr der linken Bewegung war... Unser Kampffeld, das waren die Wörter, und wir haben uns in ihnen besser ausgekannt als die Rechten.»

Hier wird deutlich, dass die linken Studenten befolgt haben, was ihnen Marcuse empfohlen hatte: «Den Kampf mit den Herrschenden bei der Umdeutung und Neueinführung von politischen Wörtern zu beginnen.» Und eben, eines dieser neu eingeführten Wörter, das die Linken nun in ihrem Kampf gegen die demokratische Ordnung wirkungsvoll anwenden, ist «unverhältnismässig». Was die gewählten Behörden («die Herrschenden») und die von ihnen eingesetzten Polizeiorgane («Schmier», «Bullen») zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung tun, ist Linken gegenüber «unverhältnismässig», während der rechtswidrig handelnde Linke «engagiert»

ist. Ordnung wird in solchen Zusammenhängen zu «Repression», Krawalle zu «Selbstverwirklichung», Verkehrsbehinderungen und Sachbeschädigungen zu «Alternativkultur».

«Unverhältnismässig» waren die Relegationen von rechtswidrig handelnden Studenten, «unverhältnismässig» waren die richterlichen Untersuchungen gegen Soldatenkomitee-Leute und gegen die DM-Eindringlinge ins Cincera-Archiv, «unverhältnismässig» war und ist die bei Ausbrechern und Terroristen angewandte «Isolationstoleranz».

Wie weit die Erfolge der in den Fussstapfen von Hitler und Goebbels vorgehenden Systemveränderer reichen, lässt sich daran ermesen, dass die Geschäftsleitung der SPS — immerhin eine Bundesratspartei mit politischer Verantwortung — den Einsatz der Ordnungskräfte gegen die Besetzer des AKW Gösgen als «unverhältnismässig» bezeichnete (Berner Tagwacht, 30. 6. 77). Das Beispiel machte Schule: Nach dem Zürcher Krawall vom 12. Juli 1980 bezeichnete der Präsident der Stadtzürcher SP das Eingreifen der Polizei wiederum als «unverhältnismässig». Es ist wohl eine Auswirkung der systematisch betriebenen Verführung des Denkens, dass immer nur Verteidigungshandlungen im politischen Krieg als «unverhältnismässig» diffamiert werden.

Ob die politischen Offensiven gegen unseren demokratischen Rechtsstaat «verhältnismässig» sind, ist bisher noch nie gefragt oder gar hinterfragt worden. MK

FACETTEN zum Alltag drüben

Die «Literaturnaja gaseta» (Moskau, 16. 7. 80) bringt das Thema unter dem Obertitel «Aus der Korrespondenz der Abteilung für Sozial- und Alltagsprobleme», und so wird es unter dieser Rubrik schon richtig plaziert sein, selbst wenn es im Alltag auch noch grössere Sorgen gibt.

Der Leserbriefschreiber A. Kanajew beklagt sich über den Lärm, dem sein Töchterchen und andere Ferienkinder in ihrem Sommerlager für Junge Pioniere ausgesetzt sind.

(Weil Moskau für die Olympischen Spiele kinderfrei gemacht worden ist, kriegen jetzt besonders viele Kinder Kollektivferien.)

Das Pionierlager «Kolossok» der Moskauer Teigwarenfabrik befindet sich bei der Stadt Kaschira, 40 Kilometer von Moskau entfernt. Man hat, so präzisiert der Einsender, einen lärmigen Standort gewählt. Das Lager steht neben einer Bahnlinie und neben dem Flugplatz Domodowo.

Aber darüber beklagt sich A. Kanajew nicht. Er beklagt sich vielmehr darüber, dass das Donnern der Züge und das Dröhnen der Flugzeugmotoren im Lager nicht zu hören ist. Weil die dortigen Radio-Lautsprecher alles übertönen. Sie schweigen nur, wenn die Kinder schlafen. Sonst sind sie immer in Betrieb, und immer in voller Lautstärke. Sie sind so angebracht, dass sie das ganze Lagergelände erfassen. Die Lautsprecher

«brüllen von morgens bis abends». 40 Tage lang. Der Briefschreiber indessen illustriert mit diesem Fall nach seiner Darstellung nur «eines der ewigen Probleme» in Ferienheimen, Zentren für Binnentourismus und eben Pionierlagern. Scheint's dröhnen die Lautsprecheranlagen überall.

Es ist schon sowjetischer Alltag. Man hat in der organisierten Erholungszeit sein volldröhnendes Einheitsprogramm, man kann es nicht abstellen, und man kann nichts Falsches zu hören wählen.

Bei uns können einem die individuellen Transistorgeräte der Touristen auf belebten Ferienplätzen zuweilen auch auf die Nerven gehen. Sollen wir uns alternativ wünschen?

In Kürze

Gegenwärtig bereitet man in der Sowjetunion eine Erhöhung der Grosshandelspreise vor. Im Zusammenhang mit dem Steigen der Kosten in den Beschaffungsbranchen sind Industriezweige wie Kohle, Holzwirtschaft, Wärmeenergetik defizitär geworden. Laut der Meinung des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatskomitees für Preise, A. Komin («Planowoje chosjajstwo» Nr. 5/1980), müssen die Grosshandelspreise für Kohle um 42% erhöht werden, für Holz um 40%, für thermische Energie um 70%. Das wird eine Preiserhöhung bei Gas und Heizöl nach sich ziehen, ferner ein Ansteigen der Grosshandelspreise in der Schwarz- und Buntmetallurgie, in der Baumaterialienindustrie usw.

Die Führung versichert, dass sich das nicht auf die Detailpreise auswirken werde, und weil das Preissystem in der UdSSR ohnehin künstlich ist, kann sie ihr Versprechen theoretisch einhalten, indem sie die offiziellen Detailpreise einfriert. Nur wird dann der Markt noch mehr von den Schwarzhandelspreisen regiert, als es jetzt schon der Fall ist. Die praktische Prognose für die Bevölkerung lautet deshalb: Teuerung so oder anders.

*

Der 22. Kongress der KPdSU von 1961 hatte in seinem Programm vorgesehen, dass bis 1980 jede Familie ihre eigene Wohnung haben sollte. Das Jahr 1980 ist da, und 22 Prozent der Bevölkerung leben immer noch in sogenannten Kommunalwohnungen («Schilitschno-kommunalnoje chosjajstwo», Moskau, Nr. 1/1980), in denen sich mehrere Parteien die Wohnung teilen müssen. In Moskau teilt man jetzt den Familien eigene Wohnungen zu, die 1970 und 1971 auf die Prioritätenliste der Quartiere gesetzt worden sind. Dafür hat man jetzt eine Wohngesetzgebung geschaffen. Sie erlässt unter anderem Bestimmungen über die Trennung von Wohn- und Industriezonen. Art. 22 (des Entwurfes) bestimmt, dass Wohnungen prioritär an Personen mit diesen oder jenen genau geschilderten Wohnbedürfnissen abzugeben seien — «sowie auch an andere Staatsbürger». Was wohl deutlich macht, dass die privilegierte Zuteilung an Privilegierte noch nicht so bald aufhören wird. Aber das spielt insofern keine grosse Rolle, als alle spezifizierten Wohnansprüche («in der Regel») gelten. Fragt sich bloss noch, wozu die «Regelung» dann überhaupt erlassen worden ist.

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumssstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumssstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr./DM 23.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Chicago in Leningrad

Was immer das Bild ist, das man sich von den sowjetischen Bedingungen macht, eines erwartet man nicht: eine amerikanische Gangster-Szene. Aber es gibt sie. Die russischsprachige Zeitschrift «Possey» hat aus Leningrad einen Bericht erhalten, den sie in ihrer Julinummer unter den Initialen L. K. veröffentlicht. Hier ist er.

Da die sozialistische Gesellschaft die Gesellschaft mit den breitesten Möglichkeiten ist, finden in ihr auch jene Formen der Kriminalität Raum, welche die sowjetische Propaganda als «Geschwüre des bourgeois Systems» bezeichnet. In Leningrad insbesondere haben sich die Zuhälter, Drogenhändler usw. wie die Flöhe vermehrt. Es gibt auch Gangster sowjetischer Produktion. Unter ihnen ist in Leningrad Wladimir Feoktistow am bekanntesten. Er verfügt über eine Menge «Untergebener». Da gibt es sogar eine mit MP bewaffnete Bande, die auf Eintreibung unbezahlter Schulden spezialisiert ist; 30% der konfiszierten Summe verlangen die Banditen für sich als Entgelt für ihre Dienste.

Feoktistow handelt offen. Man kann ihn in Begleitung von Leibwächern und Prostituierten öfter in den Restaurants der Stadt antreffen. In einem Abend bringt er spielend 500 Rubel durch (drei Monatslöhne eines mittleren Sowjetmenschen). Manchmal veranstaltet er in einem Restaurant gemeinsam mit ein paar Dutzend «Kollegen» Saufkonferenzen. Die Polizei macht einen Bogen um Feoktistow, sogar wenn er einen Radau mit Anwendung von Waffen aufzieht.

Wie ist die Handlungsfreiheit des stadtbekannten Banditen zu erklären? Mit den Beziehungen, die er insgeheim zu höheren Polizeibeamten pflegt. Was für Beziehungen kann es denn zwischen organisiertem Verbrechen und den Behörden geben? Darüber ziehen es Feoktistow und seine Kontrahenten vor, sich nicht auszulassen.

Gleichzeitig zum allgemeinen Anwachsen der Kriminalität in der UdSSR erfolgen auch wesentliche Veränderungen in ihrer Struktur. Die simplen Räuber mit dem Messer in der Faust, die ihr Opfer in einem dunklen Hintergässlein erwarten, werden seltener, dafür wachsen die Reihen der kriminellen «Businessmen». Das sind die «White collars» der Verbrecherwelt. Während sie die Mehrheit in der viele Millionen zählenden Masse der Verbrecher ausmachen, stellen die «weissen Kragen» eine unbedeutende Minorität der Häftlinge. Deshalb lässt sich anhand

der Verhafteten nicht über die Verbrechenstruktur im Lande der Sowjets urteilen.

In den letzten Jahren ist ein neuer Verbrechertyp aufgetaucht, der gemäss Ilf und Petrow («Die zwölf Stühle», Anm.) «Untergrundmillionär» genannt wird. Sie verfügen tatsächlich über Millionenvermögen. In Leningrad gibt es mehrere Dutzend solcher Millionäre. Die «Ordnungshüter» kennen ihre Namen bestens, doch beunruhigt dies die Verbrecher nicht: Geld verschafft Sicherheit. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft mögen nicht vom Lohn allein leben. Auch allerhand kleine Fische kaufen sich frei, z. B. Diebesgesindel und Spekulanten aus dem Handelsnetz und von der öffentlichen Verpflegung zahlen den Mitarbeitern der Kontrollorgane, und zwar gemäss eingebürgerten festen Tarifen.

Die «weissen Kragen» kaufen das «Recht», gewöhnliche Sterbliche ungehindert zu bestehen. Jene, die gemäss Dienstpflicht die Kriminalität bekämpfen sollten, fördern sie in Praxis aus Geldgier. Unter diesen Bedingungen wird die Kriminalität weiter wachsen.



«Festigung» in Jugoslawien

Ende Dezember 1979 zitierte *ZeitBild* den jugoslawischen Dissidenten Mihajlov wie folgt:

«Jedesmal, wenn ein kommunistischer Diktator vor seiner natürlichen Ablösung steht, stellt man im Westen die Frage, wieviel Freiheit seine Nachfolger der Bevölkerung geben werden. Die Fragestellung ist in ihrer Anlage falsch. Von 1917 an, als die erste kommunistische Parteidiktatur in Russland entstand, bis zum heutigen Tag sind den Staatsbürgern nicht einmal die kleinsten Freiheiten freiwillig zugestanden worden. Man hat sie ihnen nur soweit gegeben, als man dazu genötigt war, als zeitweilige Konzession, um das Prinzip der Diktatur selbst zu retten. Deshalb stellen sich auch in bezug auf die Nachfolge Titos in Jugoslawien die Hauptfragen so: Wieweit werden die Jugoslawen selbst zulassen, dass man ihnen die beschränkte Freiheit wegnimmt, die sie jetzt haben?»

Im Mai starb Tito; im Juli hat das Wegnehmen massiv eingesetzt. Nur leicht gestiegen war im

Mai und Juni die Zahl der laut Amtsblatt für die Verbreitung in Jugoslawien verbotenen Ausgaben westlicher Publikationen (nämlich von *France Dimanche*, *Il Giornale*, *Quick*, *Gente*, *Newsweek*, *Paris Match*, *Spiegel*, *Le Monde*, *Le Figaro*, *La Stampa*, *Sunday Times*, *Die Welt*, *The Times*, *L'Express*, *Encounter*, *Panorama*, *New Musical Express*) auf 22, gegenüber 35 Ausgaben Januar bis April. Im Juli nun aber beginnt man dem Uebel an die Wurzel zu gehen. Ein Mitglied des ZK-Präsidiums der Partei mit dem verbalen Pickel:

«Unsere innere Festigkeit, die Treue zur Revolution und unser Stolz (...) vermögen nicht an der Tatsache zu rütteln, dass in einigen Zeitungen der Boulevardpresse im Westen» (siehe oben) «in letzter Zeit Artikel und Interviews erschienen sind, deren Inhalt derart ist, dass man fragen kann, wie ihre Verfasser durchgekommen wären, hätten sie jene Artikel in Jugoslawien veröffentlicht. Es handelt sich nämlich um eine Handvoll moralisch verkommenen Leute, die in Jugoslawien leben, aber mit der Politik unserer Partei und Titos schon lange im Konflikt stehen. (...) Es ist bekannt, dass sie für Geld schreiben, dass es in ihren Werken keinerlei, nicht die geringsten menschlichen Werte gibt. Diese Arbeiten durchdringt Hass, Verrat, Ausweglosigkeit und nicht nur Antikommunismus, sondern auch totale Amoralität.»

Dank den Verboten kann die Bevölkerung das nicht nachprüfen; Treue zur Revolution heisst indes auch, dass man einem ZK-Präsidiumsmitglied glaubt, wenn es einen vor den Feinden warnt, die übrigens, «obschon einige unter ihnen Kommunisten gewesen sind, sich im Kampf gegen das sozialistische selbstverwaltende Jugoslawien» sogar mit den Erzfeinden, den Tschetniks und Ustaschas im Ausland, verbünden; doch: «Sie sind schon längst politisch tot, nicht nur für unsere Leute, sondern auch für die Welt.» (Die Verbote erfolgen nur aus Routine...)

Soweit Auszüge aus Dolanc' Rede zum «Tag des Kämpfers» — gegen den inneren Feind! — laut *NIN*, Belgrad, 13.7. Einige Seiten weiter vorn steht in derselben *NIN*, auf wen das gemünzt war: auf Milovan Djilas, dessen «Aufruf zu Gewalt und Hass» (so titelt *NIN*) seit der gnädigen Freilassung 1961 sein «ständiger Refrain» sei. «Darin sieht er wohl die letzte 'Chance' für die Befriedigung seiner grenzenlosen Machtgier.»

Verräter, Befürworter der Gewalt, amoralisch, machtgierig: Wer erkannte darin nicht den Feind?! «Wieweit werden die Jugoslawen selbst zulassen...?»

Und Mihajlovs zweite Frage:

«Wieweit wird in der bevorstehenden Krise mit ihrer Chance für eine Demokratisierung des Landes die demokratische Welt auch die demokratischen Kräfte unterstützen?»

Die Antwort darauf geben wir.

HTD

Anlagehefte 4½%
Kassa-Obligationen 5½%

Anlageplus

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

Mehr Zins - Mehr Sicherheit.
Die Formel für den klugen Anleger.

Coupon
Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.

Name	Vorname
Strasse	ZB
PLZ/Ort	

Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11